

Haftung im mehrgliedrigen bargeldlosen Zahlungsverkehr

Von

Thomas Schürmann



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
Erster Teil: Die Rechtsverhältnisse im Giroverkehr	26
§ 1 <i>Überweisungsverkehr</i>	26
I. Rechtliche Einordnung der Giroüberweisung	26
II. Besondere Rechtsbeziehungen im mehrgliedrigen Überweisungsverkehr	30
§ 2 <i>Scheckverkehr</i>	35
I. Das Deckungsverhältnis zwischen Aussteller und bezogener Bank	35
II. Das Scheckinkasso	36
§ 3 <i>Lastschriftverfahren</i>	39
I. Allgemeines	39
II. Das Abbuchungsauftragsverfahren	43
III. Das Einzugsermächtigungsverfahren	45
1. Besonderheiten der Verfahrensart	45
2. Die Rechtsnatur der Einzugsermächtigung	49
a) Wortlaut der Einzugsermächtigung und Interessenlage des Zahlungspflichtigen	51
b) Erklärung der Widerspruchsmöglichkeit	55
c) Die Erfüllung im Valutaverhältnis	58
d) Die Interessenlage der Zahlstelle	62
e) Die Interessenlage des Lastschriftgläubigers, vornehmlich im Konkurs des Zahlungspflichtigen	65
f) Bewertung	66
Zweiter Teil: Die Haftungsproblematik	68
§ 4 <i>Störungen bei der Abwicklung des Giroverkehrs</i>	68
I. Überweisung	68
II. Scheckinkasso	71

III. Lastschriftverkehr	72
IV. Verfahrensübergreifende Gemeinsamkeiten	75
§ 5 <i>Haftungsmodelle — Entwicklungslinien in Judikatur und Schrifttum</i>	76
I. Das haftungsrechtliche Problem	76
II. Lösungswege bis zur Lastschriftentscheidung des BGH von 1977	77
III. Das Urteil des II. Zivilsenats vom 28. Februar 1977	83
IV. Die aktuelle Entwicklung	86
1. Rechtsprechung	86
2. Schrifttum	89
V. Zusammenfassung und weiterer Gang der Darstellung	92
Dritter Teil: Haftung für Schäden vorgeschalteter Zahlungsverkehrsteilnehmer, insbesondere des ersten Auftraggebers	94
Erster Abschnitt: Abgrenzungen	94
§ 6 <i>Schaden als Voraussetzung eines Ersatzanspruchs</i>	94
I. Weisungswidrige Durchführung eines Überweisungsauftrages	94
II. Unberechtigte Rückbelastung im Einzugsverkehr	96
§ 7 <i>Haftung der erstbeauftragten Bank für Fehler nachgeschalteter Institute</i>	97
I. Problemstellung	97
II. Das Verhältnis von Auftragsweiterleitung und Substitution	102
III. Der Leistungsumfang der erstbeauftragten Bank	105
IV. Haftungsbeschränkung nach § 664 Abs. 1 S. 2 BGB	109
1. Übertragung auf einen Dritten	109
2. Zulässigkeit der Übertragung	112
3. Anwendbarkeit des § 664 Abs. 1 S. 2 BGB auf die entgeltliche Geschäftsbesorgung	115
a) Die Regelungsabsicht des historischen Gesetzgebers	116
b) Der Zweck des § 664 Abs. 1 S. 2 BGB	117
aa) Verhinderung mißbräuchlicher Ermessensausübung des Beauftragten	117
bb) § 664 Abs. 1 S. 2 BGB als Ausdruck spezifischer Risikozuweisung bei fremdnütziger Tätigkeit	120
(1) Die Leitbildfunktion des § 670 BGB	120
(2) Die girovertragliche Risikoverteilung	122
V. Zusammenfassung	128

Zweiter Abschnitt: Dogmatik der Haftung nachgeschalteter Kettenglieder	128
Erster Unterabschnitt: Vertragliche Ansprüche	128
§ 8 Drittschadensliquidation und Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	129
I. Inhalt und Abgrenzung der Rechtsinstitute	129
1. Drittschadensliquidation	129
2. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	132
3. Abgrenzung der Rechtsinstitute	135
II. Drittschadensliquidation und Vertrag mit Schutzwirkung im Giroverkehr — eine kritische Bestandsaufnahme von Judikatur und Schrifttum	140
1. Drittschadensliquidation	140
a) Vereinbarte Drittschadensliquidation	140
b) Drittschadensliquidation kraft objektiven Rechts	142
aa) Mittelbare Stellvertretung im Giroverkehr	142
bb) Der Einwand fehlender Schadensverlagerung	144
cc) Der Einwand interessenswidriger Abwicklungstechnik	147
2. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	148
a) Die Entwicklung einer neuen Fallgruppe des Vertrages mit Schutz- wirkung für Dritte	149
b) Wahrnehmung eines fremden Vermögensinteresses	153
3. Zwischenergebnis	155
III. Die Abgrenzung von Drittschadensliquidation und Vertrag mit Schutz- wirkung im außerbetrieblichen Giroverkehr als Frage nach der überlege- nen Abwicklungstechnik	156
1. Methodische Vorfrage: Die Bindungswirkung richterlicher Präjudizien	156
2. Die Ausgestaltung der Drittschadenshaftung: Kettenabwicklung oder eigener Ersatzanspruch?	157
a) Allgemeine Gesichtspunkte	157
b) Exemplarische Fallgestaltungen	163
aa) Verzögerungsschäden im Überweisungsverkehr	163
bb) Säumige Ausführung eines Inkassoauftrages	165
cc) Verspätete Rückgabe nicht eingelöster Lastschriften oder Schecks	172
3. Bewertung	175
IV. Einzelproblem: Haftungsregelungen im Interbankverhältnis	178
1. Haftungsregeln in Zahlungsverkehrsabkommen	179
a) Überblick	179
b) Der Lösungsweg des BGH	180
c) Zahlungsverkehrsabkommen und Drittschadensliquidation	187
d) Ergebnis	189

2. Haftungsbegrenzungen und -freizeichnungen durch Allgemeine Geschäftsbedingungen im Interbankverhältnis	190
a) Problemstellung	190
b) Lösungsvorschläge	191
c) Stellungnahme: Der erste Auftraggeber als personaler Bezugspunkt der Inhaltskontrolle im mehrgliedrigen Giroverkehr.	194
V. Zusammenfassung	197
§ 9 <i>Netzvertrag</i>	198
I. Begriff und Inhalt	198
II. Versuch einer dogmatischen Einordnung des Netzvertrages unter Anknüpfung an bekannte Problemfelder und Rechtsfiguren	199
1. Wiederbelebung der Lehre von den faktischen Vertragsverhältnissen	200
2. Vertragsverbindungen als übergreifendes dogmatisches Problem	202
a) Sternverträge	202
b) Projektverträge mit einem Generalunternehmer	203
c) Fremdfinanzierte Abzahlungsgeschäfte	203
d) Produzentenhaftung	204
III. Der Netzvertrag als rein ergebnisorientierte Rechtsschöpfung.	206
1. Haftung für Drittschäden	206
2. Einwendungsproblematik	207
3. Direktwiderruf einer Überweisung	207
IV. Zusammenfassung	211
Zweiter Unterabschnitt: Nichtvertragliche Ansprüche	212
§ 10 <i>Deliktshaftung</i>	212
I. Das Grundproblem deliktsrechtlicher Haftung im Giroverkehr	212
II. § 826 BGB — typische Anwendungsbereiche im Giroverkehr	214
1. Gläubigerbenachteiligung	214
2. Die Widerrufsankündigung im Überweisungsverkehr	216
3. Der Mißbrauch des Widerspruchs im Einzugsermächtigungsverfahren	218
4. Zusammenfassung	226
III. Deliktsrechtliche Verkehrspflichten zum Schutz fremden Vermögens	227
1. Konsequenzen für den bargeldlosen Zahlungsverkehr	227
2. Die Erweiterung des deliktsrechtlichen Vermögensschutzes im Spiegel der Kritik	230
a) Das haftpflichtrechtliche System	230
b) Haftung im Giroverkehr als genuines Deliktsrecht?	233
IV. Zusammenfassung	238

§ 11 <i>Außervertragliche Schutzpflichtverletzung</i>	238
I. Dogmatische Konzeption	239
1. Geltungsgrund	239
2. Drittschutz	240
a) Abgeleitete Anspruchsberechtigung	241
b) Originäre Anspruchsberechtigung	242
II. Leistungspflichten und Schutzpflichten im bargeldlosen Zahlungsverkehr	245
1. Überweisungsverkehr	245
2. Inkassoverkehr	248
III. Elemente einer direkten, vertragsübergreifenden Sonderverbindung im mehrgliedrigen Giroverkehr	251
1. Verspätete Rückgabe nicht eingelöster Lastschriften oder Schecks . . .	252
2. Widerspruch im Einzugsermächtigungsverfahren	258
IV. Zusammenfassung	261
§ 12 <i>Sonstige Haftungsmodelle</i>	262
I. Berufshaftung	262
II. Umfassende Schadenshaftung als elementarer Bestandteil der Rechtsidee	264
Dritter Unterabschnitt: Zusammenfassung	267
§ 13 <i>Dogmatische Einordnung und Umfang der Drittschadenshaftung zugunsten des ersten Auftraggebers im bargeldlosen Zahlungsverkehr</i>	267
I. Dogmatische Grundsätze	267
II. Voraussetzungen und Umfang der Haftung	268
Dritter Abschnitt: Die Praxis der Haftung in typischen Fällen	273
§ 14 <i>Überweisungsverkehr</i>	274
I. Fehlleitung einer Überweisung	274
1. Anspruchsgrundlage	274
2. Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen Nachholung der Überweisung oder Herausgabe des Vorschusses einerseits und Scha- densersatz andererseits	276
a) Die Geltendmachung im mehrgliedrigen Überweisungsverkehr . . .	276
b) Einschränkungen des Erfüllungs- oder Herausgabeanspruchs	278
aa) § 242 BGB	279
bb) § 254 BGB	280
cc) Freizeichnungen im Interbankverhältnis am Beispiel der Maß- geblichkeit von Empfängername oder Kontonummer	281
3. Zusammenfassung	288

II.	Verzögerte Auftragsausführung	289
1.	Inhalt der Pflicht	289
2.	Anspruchsgrundlage	290
3.	Haftungsumfang	291
III.	Der Widerruf einer Überweisung in der Girokette	293
1.	Frühere Lösungsansätze	293
a)	Direktwiderruf	293
b)	Widerrufsankündigung	294
2.	Regelung des Direktwiderrufs in Interbankenabkommen	296
IV.	Warnpflicht bei Insolvenz des Überweisungsempfängers	297
1.	Allgemeine Grenzen der Warnpflicht	297
2.	Warnpflicht der Empfängerbank bei der Kettenüberweisung	299
3.	Rechtsfolge	300
V.	Rückforderung überzahlter Sozialleistungen	301
1.	Die Vereinbarungen der Spitzenverbände des Kreditgewerbes mit dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger und dem Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften	302
2.	Die seit dem 1.1.1992 geltenden gesetzlichen Rückzahlungsklauseln	304
3.	Allgemeiner girovertraglicher Rückzahlungsanspruch	306
§ 15 Scheck- und Lastschriftinkasso		308
I.	Verzögerter Scheckeinzug	308
II.	Verlust der scheckrechtlichen Rückgriffsansprüche im beleglosen Scheckeinzugsverfahren	311
1.	Pflichtverletzung	312
2.	Schaden	313
III.	Verspätete Rückgabe nicht eingelöster Lastschriften und Schecks durch die Zahlstelle	315
1.	Lastschriftverkehr	315
a)	Haftungs begründung	317
aa)	§ 826 BGB	317
bb)	Vertraglicher Anspruch	318
b)	Haftungsumfang	320
2.	Scheckeinzug	324
a)	Haftung der ersten Inkassostelle	324
b)	Haftung der bezogenen Bank	325
IV.	Der Widerspruch im Einzugsemächtigungsverfahren des Lastschriftver- kehrs	326
1.	Verhältnis Zahlungspflichtiger — Zahlungsempfänger	326
2.	Verhältnis Zahlungspflichtiger — erste Inkassostelle	331

a) Warenlastschriften	331
aa) Der unbegründete Widerspruch gegen eine berechtigte Lastschrift	332
bb) Der verspätete Widerspruch	335
b) Kreditlastschriften	339
3. Verhältnis Zahlstelle — Zahlungsempfänger	341
a) Zurückweisung eines im Valutaverhältnis unberechtigten Widerspruchs durch die Zahlstelle?	342
b) Zusammentreffen von Einzugsermächtigungs-Lastschrift und Abbuchungsauftrag	346
4. Verhältnis Zahlstelle — erste Inkassostelle	350
Vierter Teil: Haftung gegenüber dem Schlußmann der Girokette	352
§ 16 Vergleich mit der Haftung zugunsten des ersten Auftraggebers	352
§ 17 Einzelfälle	354
I. Überweisungsverkehr	354
1. Nichtausführung eines Überweisungsauftrages durch die Überweisungsbank	354
a) Überweisungsbestätigung	355
b) Vertrag zugunsten Dritter und mit Schutzwirkung für Dritte	357
c) Herausgabeanspruch nach § 667 BGB	361
2. Weiterleitung der Überweisung an eine insolvente Empfängerbank	363
II. Scheck- und Lastschriftinkasso	368
1. Der Einzug abhanden gekommener Schecks	368
2. Die Einlösung einer unberechtigten Lastschrift	370
a) Einzugsermächtigungsverfahren	370
aa) Fehlende Einzugsermächtigung	370
bb) Vorhandene Einzugsermächtigung	375
b) Abbuchungsauftragsverfahren	377
3. Warnpflicht der ersten Inkassostelle bei Insolvenz des Zahlungsempfängers	378
III. Bewertung	380
Resümee	382
Nachtrag: Die neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken und Sparkassen	391
I. Haftung der erstbeauftragten Bank für Fehler nachgeschalteter Institute	392
1. Nr. 3 Abs. 2 AGB-Banken <i>neu</i>	393

2. Nr. 19 Abs. 2 AGB-Spark. <i>neu</i>	395
II. Fortfall der Abtretungsklausel	396
III. Maßgeblichkeit von Empfängername oder Kontonummer im Überweisungsverkehr	397
IV. Hinweispflicht bei Eilbedürftigkeit der Auftragsausführung	399
V. Fortfall der Haftungs differenzierung nach kaufmännischen und Privatkunden	401
VI. Bewertung	401
VII. Numerische Gegenüberstellung alter und neuer AGB	402
Literaturverzeichnis	404
Sachwortverzeichnis	426